
Vorstoss-Nr: 182-2011
Vorstossart: **Motion**

Eingereicht am: 06.06.2011

Eingereicht von: Pieren (Burgdorf, SVP) (Sprecher/ -in)
Antener (Langnau i.E., SP)
Bärtschi (Lützelflüh, SVP)
Friedli (Sumiswald, EDU)
Gerber (Gohl, SVP)
Grimm (Burgdorf, Grüne)
Haldimann (Burgdorf, BDP)
Jenni (Oberburg, EVP)
Kummer (Burgdorf, SVP)
Lemann (Langnau i.E., SP)
Leuenberger (Trubschachen, BDP)
Reber (Schangnau, SVP)
Sommer (Wynigen, FDP)
Studer (Utzenstorf, BDP)
Zäch (Burgdorf, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit: Ja 09.06.2011

Datum Beantwortung:
RRB-Nr:
Direktion: GEF



Volle Transparenz bei der Kreditgewährung für Neubauten und Sanierungen zu Lasten des Fonds für Spitalinvestitionen

Die Regierung wird aufgefordert, dem Grossen Rat

1. im Hinblick auf die Beratung zur Kreditgewährung aus dem SIF die detaillierte Berechnung der einzelnen RSZ betreffend Nachweis der Investitionsfinanzierung ab 2012 sowie die Beurteilung des Regierungsrates zu diesen Berechnungen vorzulegen
2. alle acht Gesuche (die fünf vom Regierungsrat zur Bewilligung beantragten Gesuche und die drei nicht zur Behandlung weitergeleiteten Gesuche) zur Beratung und Beschlussfassung zu unterbreiten
3. alle Kriterien, welche die Gesundheits- und Fürsorgedirektion den Spitalern für die Berechnung des Nachweises der Investitionsfinanzierung vorgegeben hat, offenzulegen

Begründung:

Der Grosse Rat soll im Hinblick auf die Novembersession eine umfassende und ausgewogene Entscheidungsfindung im Zusammenhang mit den (zu Lasten des Fonds für Spitalinvestitionen) zu bewilligenden Gesuchen für Neubauten- und Sanierungsvorhaben erhalten.

Die Beschlussfassung des Grossen Rates wird die Spitalplanung des Kantons Bern entscheidend beeinflussen. Die Versorgungsplanung 2011-2013 liegt zwar vor. In der Frist der Anhörung sind noch zahlreiche Fragen, Anregungen und Änderungsvorschläge einge-

gangen, die vom Regierungsrat noch nicht beantwortet wurden. Der Grosse Rat konnte deshalb die Spitalversorgungsplanung 2011-2014 noch nicht zur Kenntnis nehmen.

Bis heute sind wenige bis keine Grundlagen oder Planungen bekannt, wie der Kanton Bern die Finanzierung der Spitäler ab 2012 sicherstellen wird.

Aufgrund dieser Ausgangslage ist der Grosse Rat darauf angewiesen, bei der Kreditvergabe für Neubauten und Sanierungen einerseits über die Unterlagen zu verfügen, welche die Spitalzentren im Hinblick auf den ab 2012 notwendigen Nachweis der Investitionsfinanzierung erstellt haben, und andererseits die Beurteilung des Regierungsrates zu den einzelnen Berechnungen zu kennen.

Es wird Dringlichkeit verlangt.